Erscheint wöchentlich drei Mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Vierteljährlicher Pränumerations-Preis für Einheimische 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 47. Dienstag, den 21. April. 1863.

Thorner Geschichts-Kalender.

21. April 1698. Der Großkanzler Albrecht von Dönhoff nimmt die Huldigung der Stadt für August III. entgegen.
„ „ 1851. Neues Schieß-Reglement für die Schützengilde.
22. „ 1228. Herzog Conrad von Masovien schenkt dem deutschen Orden das Culmer Land.
„ „ 1831. Der Kronprinz Friedrich Wilhelm kommt nach Thorn.

Landtag.

In der Sitzung des Militärausschusses am 16. wurden auf Antrag v. Forkenbeck's, Resolutionen angenommen, welche verlangen: 1) Beschränkung der Militärgerichtsbarkeit auf militairische Vergehen, 2) gesetzliche Ordnung über die Beförderung der Unterofficiere, 3) Beseitigung der Bevorzugung des Adels in der Armee, 4) Erhöhung des Soldes für die Gemeinen, und ferner ein Amendement von Virchow, welches die Aufhebung der Ehrengerichte verlangt.

33. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 17. April.

Die Spezial-Debatte über das Schiffsmannsgesetz wurde fortgesetzt und alle übrigen Paragraphen, den 29. ausgenommen, ohne wesentliche Diskussion angenommen. — Da der Minister des Auswärtigen sich zur Beantwortung der Interpellation des Abg. Twesten sofort bereit erklärt, so erhält der Abg. Twesten das Wort zur Begründung seiner Interpellation. Redner weist durch Citate aus den verschiedenen Verträgen, Depeschen ꝛc. nach, daß Dänemark Preußen gegenüber in Betreff Schleswigs bestimmte Verpflichtungen übernommen habe, welche verletzt worden seien. Die dänische Regierung habe dies nur gewagt, weil in Preußen eine mit dem Volke in Widerspruch stehende innere und äußere Politik herrsche. Diese Politik wolle und könne nichts gegen Dänemark unternehmen, und selbst wenn sie es wolle, würde sie im Hause keine Mitwirkung finden. Preußens Ehre sei so tief engagirt, daß keine Regierung sich der Nothwendigkeit entziehen könne, Dänemark gegenüber einen entschiedenen Schritt zu thun. Es sei ein Glück, daß endlich den endlosen Unterhandlungen, die sich seit 1852 zum Spott Deutschlands hingezogen haben, ein Ende gemacht werden könne, daß Preußen von den Verträgen jener Epoche, auch von dem Londoner entbunden sei und die alte Position wieder einnehmen könne. Eine bloße Verwahrung gegen das jetzige Vorgehen Dänemarks würde ein Anerkenntniß der von Dänemark gebrochenen Verträge sein. Zu rathen ist jetzt die Lossagung von Verträgen, die gegen die Interessen Preußens, die Ehre Deutschlands und die Rechte der Herzogthümer geschlossen sind. Es liegt rechtliche Veranlassung für diese Lossagung vor, sie wird wenigstens für die Zukunft einen besseren Standpunkt begründen. Ministerpräsident v. Bismarck: Leider hat der Interpellant in seine tief sachlichen Auseinandersetzungen auch persönliche Angriffe gegen mich gemischt. Der Hinweis auf Worte, die ich vor 14 Jahren gesprochen, wäre geeignet, meine Wirksamkeit im Sinne des Interpellanten zu schwächen. Ich werde als Minister nicht persönliche Ansichten, die ich vor 14 Jahren ausgesprochen, sondern Verhältnisse und Interessen vertreten, wie ich sie vorgefunden. Ebenso bedaure ich, daß der Redner, die inneren Zerwürfnisse hineingemengt und nachzuweisen versucht hat, daß Preußen jetzt keinen Krieg führen könne. Glücklicherweise denkt das Ausland anders, und wir würden einen Krieg, wenn er nothwendig würde, führen, auch ohne Ihr Gutheißen. Auf die Interpellation giebt die Staatsregierung folgende Erklärung, welche der Herr Minister-Präsident abliest. Die k. Regierung bejaht die erste der beiden in der Interpellation gestellten Fragen. Die dänische Regierung hat ihre Verpflichtungen nicht nur nicht erfüllt, sondern verletzt. Was in Folge dieser Veränderung der Sachlage geschehen soll, darüber wird sich die Königliche Regierung mit ihren deutschen Bundesgenossen benehmen und hofft, dort volle Einhelligkeit zu finden. Das schließt jedoch nicht aus, daß Oesterreich und Preußen zuvor gemeinsam in Kopenhagen Verwahrung einlegen. Sie haben sich über eine Aeußerung in übereinstimmendem Sinne geeinigt und hoffen, daß ihre Einmüthigkeit, der sich auch die übrigen Bundesglieder anschließen werden, von Erfolg sein werde.

Es wird die Diskussion beantragt. Reichensperger (Beckum) beantragt Vertagung, welche das Haus jedoch ablehnt. Als erster Redner gelangt Loewe (Dortmund) zum Wort. — Er wandte sich gegen die russenfreundliche Politik des Ministeriums im Allgemeinen und insbesondere gegen die beiläufige Aeußerung des Herrn von Bismarck, daß er auch ohne das Gutheißen der Abgeordneten nöthigenfalls Krieg führen werde. Der Herr Ministerpräsident war während dieser Rede nicht anwesend, und rechtfertigte dann seine Entfernung in einer für seine Auffassung von den parlamentarischen Pflichten der Minister sehr bezeichnenden Weise, indem er erklärt, er habe noch andere wichtige Amtsgeschäfte zu besorgen. Die Abgg. Parisius und Immermann erhoben sich gegen dieses Auftreten, doch fand der Vizepräsident Behrend sich durch die Geschäftsordnung zu keiner Rüge berechtigt. Die Szene gehört zu demjenigen, was unser Staat Eigenthümliches darbietet; sie würde auf jedem andern Boden unerhört sein.

34. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 18. April.

Auf der Tagesordnung steht die Verhandlung über die Verträge mit Belgien. Die Stipulationen wurden berathen und in gemeinsamer Abstimmung mit allen gegen 2 Stimmen (des Abgeordneten Plaßmann und eines andern Mitgliedes der katholischen Fraktion) angenommen. Die Debatte bewegte sich, nachdem der Referent Michaelis die allgemeine Bedeutung der Stipulationen dargelegt, hauptsächlich auf dem Gebiete der von einigen Mitgliedern der katholischen Fraktion vertretenen Einreden Oesterreichs gegen die handelspolitische Autonomie des Zollvereins und Preußens; dies gab dem Abgeordneten Schultze Gelegenheit zu einer glänzenden Darlegung der Unmöglichkeit einer Zolleinigung zwischen dem Zollvereine und Oesterreich. Vom Abgeordneten Becker wurde noch besonders auf die Vortheile aufmerksam gemacht, welche die Verabredungen den deutschen Weinproduzenten gewähren. Die vor einem halben Jahre von dem Abgeordneten Reichensperger (Beckum) ausgesprochene Prophezeihung, daß in der handelspolitischen Frage im Laufe der Zeit die Minorität zu-, die Majorität abnehmen werde, hat sich nicht bewährt, es ist das eklatante Gegentheil eingetreten bei einer Gelegenheit, wo es sich um eine nochmalige definitive Sanktion des Prinzips des vielbestrittenen Artikels 31 des Handelsvertrags vom 2. August v. J. handelte. Das Haus hat der Zusage Preußens, mit Belgien einen Handelsvertrag auf der Grundlage der gegenseitigen Einräumung der Rechte der meistbegünstigten Nation zu errichten, seine einmüthige Zustimmung ertheilt. Diese Thatsache wird hoffentlich beitragen, die in Süddeutschland geflissentlich genährten Illusionen über die künftige Haltung Preußens zu zerstören.

Politische Rundschau.

Zur Bewegung in Polen. Krakau, den 15. April. Oberst Cieskowski, der bei Broszencin verwundet wurde, ist im Edelhofe zu Lesnianki von den Russen ermordet worden. Letztere tödteten auch den Sohn des Besitzers der ganz wehrlos war. — Breslau, den 17. Nach einem der „Breslauer Ztg." zugegangenen Telegramm aus Krakau vom heutigen Tag ist Zawichost von 1500 Insurgenten besetzt. — Bentkowski ist gegen Caution aus der Haft entlassen worden. Zu Ehren des hier eingetroffenen Mitgliedes des englischen Unterhauses Hennessy wird nächsten Sonntag ein Banket stattfinden. — Der „Schlesischen Zeitung" wird aus Wilna vom 15. d. gemeldet, daß nach Veröffentlichung der Amnestie die Thätigkeit der Aufständischen zugenommen habe. Während des Osterfestes haben in der Umgegend von Wilna mehrere Gefechte stattgefunden. Es treffen fortwährend Truppenverstärkungen ein. — Aus Lemberg, 13. April, wird der „Ostd. Post" geschrieben: Seit Organisirung des kleinen Krieges hat der polnische Aufstand an räumlicher Ausbreitung, wenn auch nicht an Kraft gewonnen. In der Krakauer Wojwodschaft ist allerdings durch die russischen Truppenanhäufungen die Bildung von aufständischen Korps paralysirt und deren Operationen sind hiedurch nicht wenig gehindert. Dafür aber scheinen die aufständischen Partisan-Kolonnen in den übrigen Provinzen Wurzel zu fassen und an vielen Orten schießen neue Abtheilungen unter neuen Führern wie Pilze aus dem Boden hervor.

Deutschland. Berlin, den 17. April. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet: Eingegangenen Depeschen zufolge sind im Kreise Pleschen eine große Anzahl von Wagen, Waffen, Munition, Lebensmitteln und Pferden, welche für die Insurgenten in Polen bestimmt waren, confiscirt und 40 Männer, die sich nach Polen begeben wollten, festgehalten. — Die „Schles. Ztg." meldet aus Ostrowo, 16. April: Preußische Truppen sind bei Ergreifung eines nach Polen bestimmten Transports von Kriegs-Material im Kreise Pleschen auf eine Abtheilung Insurgenten gestoßen, welche Behufs Entgegennahme des Transports die preußische Grenze überschritten hatten. Es kam zum Gefecht; 30 gefangene Insurgenten wurden nach Pleschen gebracht. Die Stadt ist abgesperrt. — Der Abg. Schulze-Delitzsch beabsichtigt wöchentlich ein Mal Besprechungen mit den Arbeitern abzuhalten, in welchen er ihnen Anleitung zur Gründung aller in seinen volkswirthschaftlichen Vorträgen erwähnten Konsum-, Rohstoff- und Productiv-Assoziationen, sowie über Vorschußkassen und Volksbanken ertheilen will, um auf diese Weise die Theorie schneller in's praktische Leben einzuführen und die meist unerfahrenen Unternehmer vor Verlusten, die neue Einrichtungen in der Regel treffen, zu bewahren. Es sind in letzterer Zeit so viele private Aufklärungen in dieser Richtung hin von Herrn Schulze verlangt worden, daß solche einzeln zu ertheilen seine Zeit nicht ausreicht und er es vorzieht, dies für die Interessenten öffentlich zu thun. Der Ort (wahrscheinlich Münchener Brauhaus) und der Tag werden jedesmal besonders angezeigt werden. — Den 18. Wie schon berichtet, hat der Minister des Innern die Aufenthaltskarten, jedoch gewissermaßen bedingungsweise, abgeschafft, wie aus seiner am 26. März ergangenen diesfallsigen Verfügung hervorgeht. In derselben heißt es nämlich: Se. Majestät der König hat mittelst Allerhöchster Cabinetsordre vom 2. d. M. (März) mich zu ermächtigen geruht, die Ertheilung der im § 18 des allgemeinen Paßedicts vom 22. Juni 1817 gedachten Aufenthaltskarten in denjenigen Städten, in welchen ich diese Einrichtung nicht mehr für erforderlich erachte, einstellen zu lassen. . . . Es versteht sich übrigens von selbst, daß in den hinsichtlich der Fremden-Meldungen bestehenden Vorschriften durch den Wegfall der Aufenthaltskarten nichts geändert wird." Zu bemerken ist hierbei, daß der § 18 des Paßedikts, also eines in die Gesetzsammlung aufgenommenen Landes-Gesetzes, die über die Aufenthaltskarten bestehenden „Gesetze" ausdrücklich einschärft und die Aufenthaltskarten auf die „größeren Handels- und Festungsstädte" beschränkt. Fraglich bleibt es daher, ob eine gesetzlich bestehende Einrichtung — so gut ihre Aufhebung auch ist — jetzt durch eine Cabinetsordre außer Kraft gesetzt werden kann. — Der bereits angekündigte Antrag des Abgeordneten Reichenheim lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, in Erwägung, daß die Mahl- und Schlachtsteuer gegenüber der Classensteuer eine Ungleichheit der Besteuerung enthält, welche mit Art. 101 der Verfassung im Widerspruche steht; in Erwägung, daß dieselbe sowohl von wirthschaftlichen als auch von sittlichen und humanen Gesichtspunkten aus verwerflich ist und für den Verkehr die nachtheiligsten Folgen herbeiführt: die Königl. Staatsregierung aufzufordern, den beiden Häusern des Landtages in der nächsten Session einen Gesetzentwurf wegen „Einführung der Classensteuer an Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer" zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen." — Den neuesten Nachrichten aus Paris zufolge hat Drouyn de Lhuys

eine sehr ernste Unterredung mit dem Grafen Goltz gehabt, in welcher er diesem bemerklich machte, daß für Preußen sehr ernsthafte Folgen daraus entstehen können, wenn es sein Interesse nicht von dem Rußlands scheide, und daß es diese Folgen, falls sie eintreten, einzig und allein sich selbst zuzuschreiben habe.

— Nach der „Pos. Ztg." vom 17. bestehen um die Stadt Konin herum vier Insurgentenlager, die sich täglich durch Zuzügler verstärken, welche theils aus dem Posen'schen, theils von den Dominien, wo sie krank gelegen, und von den empfangenen Wunden geheilt, zu den Lagern eilten. Viele davon sind gut bewaffnet und mit Geld versehen. Die Insurgenten haben den Plan, Konin zu nehmen; doch sind bedeutende Militärabtheilungen von Kalisch her auf dem Marsche.

— Nach Schlesischen und Posenschen Blättern haben in der Nacht vom 14. auf den 15. in der Nähe von Kalisch auf 2 verschiedenen Seiten Gefechte zwischen Insurgenten und Kosacken-Patrouillen stattgefunden, bei denen die Letzteren an Todten und Verwundeteu bedeutende Verluste erlitten und zurückgedrängt worden sind. Die Aufständischen scheinen sich jetzt in der Nähe von Kalisch zu sammeln und einen Angriff auf die Stadt zu beabsichtigen. — Dem „Czas" vom 16. zufolge hat der Insurgentenführer Padlewski im Plockischen außer den Abtheilungen, in die er sein früheres Korps aufgelöst, noch drei neue Abtheilungen formirt. Bei Mnichow, einem Dorfe an der Chaussee zwischen den Städten Chencini nnd Jendrzejow (Radomer Gouvernement) haben sich neue Insurgentenhaufen gezeigt. Der Major Lopacki hat sich durch die bedeutenden russischen Streitkräfte, die ihn in den Staßower Wäldern (im südöstlichen Theile des Radomer Gouvernements) von allen Seiten eingeschlossen, glücklich durchgeschlichen, ohne daß ein Zusammenstoß stattfand, und eine sichere Stellung eingenommen. — Den 19. Gestern ist von der hiesigen Polizei eine Kiste Gewehre mit Bajonetten, welche nach Polen bestimmt war, mit Beschlag belegt worden. — Mit großer Theilnahme ist die Nachricht aufgenommen, daß der frühere Kais. brasilianische General-Konsul Sturz zum General-Konsul der Republik Urugnay für Preußen und andere deutsche Staaten ernannt worden ist. Mit Recht darf man erwarten, daß die deutsche Auswanderung, für die Herr Sturz jederzeit ein warmes Interesse bewiesen hat, nunmehr besser berathen sein wird. — Durch die Ankunft des bisherigen Pfarrers der deutschen Gemeinde in Montevideo, Dr. Woysch aus Königsberg, der 6 Jahre dort verweilte, sowie des Oberstlieutenants v. Conring, der 10 Jahre die Landesvermessung in Urugnay dirigirte und kürzlich über diesen Staat einen Vortrag in der geographischen Gesellschaft gehalten hat, werden die von dem General-Konsul Sturz in seiner Schrift „Neu-Deutschland und Krisis der deutschen Auswanderung" über jenes Land gegebenen Anschauungen vollständig bestättgt. (B. Z.)

— Das hiesige offiziöse Blatt bemerkt: „Da der Ukas Sr. M. des Kai ers von Rußland wegen Amnestirung der polnischen Insurgenten unzweifelhaft auch auf die nach Preußen übergetretenen Insurgenten Anwendung findet, so dürften demnächst Anordnungen der diesseitigen Behörden wegen deren Entlassung zu erwarten sein." — Von Seiten des Ministers der geistlichen Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ist nachfolgende Verfügung, die Anstellung der Elementarlehrer betreffend, an sämmtliche königl. Regierungen ergangen:

Es sind in neuerer Zeit wiederholt Fälle zu meiner Kenntniß gelangt, in welchen die provisorische Anstellung der Elementarlehrer von einzelnen königlichen Regierungen ungewöhnlich lange ausgedehnt worden ist. Da die nur provisorisch angestellten Lehrer nach Befinden der Umstände ohne Weiteres und ohne Anspruch auf Pension aus ihrem Amte entlassen werden können, wenigstens zur Zahlung der letzteren für die Gemeinden keine Verpflichtung vorliegt, so wird durch ein zu langes Provisorium eine Unsicherheit in die persönlichen Verhältnisse der Lehrer und in ihre Stellung zu den Gemeinden gebracht, welche auch die Interessen der Schule als beeinträchtigend angesehen werden muß. — Durch die Cirkular-Verfügung vom 6. Oktober 1854 (Anl. A.) ist bestimmt worden, daß jeder Schulamts-Kandidat durch Ablegung der vorgeschriebenen Prüfung zunächst nur zur provisorischen Anstellung befähigt wird, und ist die definitive Anstellung von der Ablegung einer zweiten Prüfung abhängig erklärt worden. Mit Rücksicht auf das noch jugendliche Alter, in welchem die Schulamts-Kandidaten in der Regel zur Anstellung gelangen und darauf, daß für die definitive Anstellung eine sittliche Reife und eine praktische Tüchtigkeit vorausgesetzt werden muß, die erst in der Verwaltung eines Schulamtes theils dargethan, theils erlangt werden kann, kann es nicht zweifelhaft sein, daß die Einrichtung einer zunächst provisorischen Anstellung nothwendig ist. Die erwähnte Zirkularverfügung bestimmt nun, daß die zweite Prüfung, von welcher die definitive Anstellung abhängig ist, frühestens zwei Jahre nach Ablegung der ersten Prüfung gemacht werden kann und spätestens fünf Jahre nach diesem Termin abgelegt werden muß. Ein 5jähriger Zeitraum ist aber auch unter allen Umständen als ausreichend anzusehen, um hinsichtlich derjenigen Eigenschaften des Lehrers, welche in einer Prüfung nicht erforscht werden können, ein begründetes Urtheil zu erlangen, ob derselbe sich überhaupt zum Verbleiben im Lehrerberuf eignet. Verneinenden Falls gereicht es dem betreffenden Individuum selbst zum Vortheil, wenn sein Ausscheiden aus dem Lehramt bald und so zeitig erfolgt, daß noch ein anderer Lebensberuf ergriffen werden kann. — Aus diesen Erwägungen bestimme ich, daß von jetzt ab die provisorische Anstellung eines Elementarlehrers nicht länger als sechs Jahre, von dem ersten Antritt eines öffentlichen Lehramtes ab gerechnet, dauern soll, wobei die Bestimmung bestehen bleibt, daß die zweite Prüfung spätestens fünf Jahre nach Absolvirung der ersten Prüfung abgelegt und bestanden sein muß. Sechs Jahre nach der erfolgten Anstellung im Schulamt muß über die definitive Anstellung des betreffenden Lehrers, oder über seine Entlassung aus dem Schulamte, welche ohne weiteres Verfahren erfolgen kann, Beschluß gefaßt werden. Sollten ganz besondere Verhältnisse eine Ausnahme räthlich oder erforderlich erscheinen lassen, so ist dazu meine Genehmigung einzuholen. — Nach diesem Grundsatz hat die königl. Regierung nicht nur für die Zukunft zu verfahren nnd zu diesem Zweck eine sorgfältige Kontrolle auszuführen, sondern auch dafür zu sorgen, daß binnen vier und fünf Jahren die Verhältnisse sämmtlicher schon seit längerer Zeit provisorisch oder interimistisch fungirenden Lehrer definitiv geregelt werden."

München, den 18. April. Die „Baierische Ztg". bringt folgende offizielle Notiz. Im Vertrauen auf die durch bestehende Verträge und durch die griechische Konstitution gewährleisteten Rechte der baierischen Dynastie auf den Thron Griechenlands ist Seitens Baierns bisher keine Einsprache gegen die bekannten Vorgänge erhoben worden. Die Kandidatur des Prinzen Wilhelm und die Lage, in welche die Sache dadurch gebracht worden ist, machen es jedoch zur Pflicht, das bisherige Schweigen zu brechen. Es sind daher durch Cirkularerlaß an sämmtliche baierische Gesandtschaften vom 12. d. M. die vertragsmäßigen Rechte der baierischen Dynastie unter Protest gegen jeden denselben präjudizirenden Akt gewahrt worden. Die „Baierische Zeitung" verheist, den Wortlaut des Erlasses demnächst mitzutheilen.

Frankfurt a. M. In der Bundestagssitzung am 16 wurde die Mittheilung Dänemarks über die Bekanntmachung vom 30. März an die vereinigten Ausschlüsse verwiesen. Das Bundespräsidium legt Verwahrung gegen die Behauptung ein, daß der Bund sich unberechtigter Weise in die Angelegenheiten der Herzogthümer gemischt habe und wahrt die Rechte und Ansprüche des Bundes. Die Bundes-Versammlung stimmt bei. Hannover behält sich einen besonderen Antrag gegen das eigenmächtige Vorgehen Dänemarks vor. — Eine Wiener Correspondenz theilt mit, daß Baiern einen Protest gegen die Besetzung des griechischen Thrones eingelegt habe.

Belgien. Der Minister der äußern Angelegenheiten, Herr Rogier, hat am 15. die verschiedenen neulich mit Preußen, Spanien und Italien abgeschlossenen Verträge bei der Kammer eingebracht. Der Minister hat dabei angezeigt, daß jetzt mit der preußischen Regierung wegen eines Postvertrages unterhandelt wird. Die betreffenden Verträge sind den Abtheilungen überwiesen worden.

Oesterreich. Wie die „Wiener Zeitung" vom 15. vernimmt, hat die kaiserliche Regierung von ihrem besonderem Standpunkte aus, und ohne den Verhandlungen mit Preußen uud am Bundestage vorgreifen zu wollen, bei der königlich dänischen Regierung gegen deren auf die Herzogthümer bezügliche Verordnungen vom 30. März bereits nachdrückliche Einsprache erhoben. — Ueber dieselbe Angelegenheit erhält die „Presse" aus einer, wie es scheint, offiziösen Quelle folgende Mittheilung: „In auswärtigen Blättern begegnen wir einer Mittheilung, nach welcher Preußen in Wien eine Art von Initiative ergriffen hätte oder ergreifen würde, um ein gemeinsames Vorgehen gegen die neuesten dänischen Patente einzuleiten. Wie wir hören, ist fast das gerade Gegentheil das Richtige, und man hat hier alle Ursache, anzunehmen, daß die Politik des Herrn v. Bismarck auf Kosten Schleswig-Holsteins einen „ewigen" Frieden mit Dänemark zu schließen Miene macht." — Auch das feudale „Vaterland" will wissen, in Berlin sei bereits „die Frage zur Erörterung gekommen, ob es nicht besser sei, durch ein offenes Eingehen auf die jüngsten dänischen Konzessionen sich an Dänemark einen treuen Bundesgenossen zu gewinnen."

Frankreich. Kriegerische Gerüchte sind in Paris (d. 15.) seit zwei Tagen im Umlaufe. In den officiellen Kreisen führt man verhängnißvolle Reden, spricht von den polnischen Gesinnungen der Kaiserin und dem Drängen der öffentlichen Meinung. Die Börse ist flau, da dort von denen, welchen dies zuerst zu Ohren kam, bedeutende Verkäufe gemacht worden. — Der „Nord" entwickelt sein Programm weiter, nach welchem ein mit einem freien Rußland verbundenes freies Polen erstehen soll. Er sagt dabei: „Man denke an Oesterreich, wie es vor Solferino war und wie es jetzt dasteht. Warum soll Rußland nicht dasselbe thun, nicht eine Gesammtverfassung und einen Gesammtreichstag als Mittelpunkt der einzelnen polnischen, finnländischen 2c. National-Landtage einführen? Ein Volk, welches eine so ungeheure Umwälzung, wie die Emanzipation der Leibeigenen, so verständig durchführen konnte, ist sicherlich zur Freiheit reif. Durch die Freiheit muß das autonome Polen mit Rußland versöhnt werden.

Großbritannien. Durch den unerwartet plötzlichen Tod Sir George Corneval Lewis am 14. hat England einen der größten Verluste erlitten, die es nur treffen konnten. In ihm ist dem Ministerium ein treuer und zuverlässiger Kollege, der liberalen Partei eine der hervorragendsten Zierden, der Wissenschaft ein bedeutender Gelehrter, der menschlichen Gesellschaft ein liebenswürdiges und ehrenwerthestes Mitglied entrissen worden, und die Hoffnung, in ihm einst einen würdigen Nachfolger Lord Palmerston zu sehen, hat ein ungeahnter Schlag des Schicksals zu nichte gemacht. Er hatte sich, um seine kurzen Osterferien zu genießen, auf seinen Landsitz Harpton Court in Radnorshire zurückgezogen. Gegen Ende der vorigen Woche ging eine Erkältung, welche ihn seit mehreren Tagen befallen hatte, in Bronchitis über, ohne daß man jedoch zu ernsten Befürchtungen Anlaß zu haben glaubte. Am Sonntage traten bedenklichere Symptome ein und die Krankheit machte so rasche Fortschritte, daß er ihr am Montag gleich nach Mittag erlag, zu fast derselben Zeit, als das Parlament sich wieder versammelte. — Die Nachrichten aus Kalkutta reichen bis zum 19., die aus Bombay bis zum 28. v. M. Nach denselben ist Thibet von ernstlichen Kämpfen bedroht. In Cawnpore ist ein Fakir verhaftet worden, bei dem man aufrührerische Schriften gefunden; er gab sich für einen Agenten Nena Sahibs aus und erklärte, von diesem zur Truppenwerbung bevollmächtigt zu sein. Drei andere Emissäre Nenas sind ebenfalls verhaftet worden.

Schweden. Die „France" vom 18. enthält einen Brief aus Stockholm vom 12. des Inhalts, daß die schwedische Regierung beschlossen habe, ehestens die projektirte Reorganisation der Flotte und der Küstenvertheidignng auszuführen. Der Hafen von Karlscrona werde in den Stand gesetzt werden, die schwedische Flotte aufzunehmen und die Geschwader, welche dorthin zu senden andere Mächte etwa das Interesse haben könnten.

Griechenland. Die Nationalversamlung hat ein neues Ministerium ernannt, bestehend aus dem Professor Koriaku als Präsidenten; Delyanni, Aeußeres; Botzaris Krieg; Boudouris, Marine; Paleologos, Justiz; Kumundurus, Finanzen; Petmezas, Inneres; Callifronas, Unterricht. Die Versammlung votirte ferner der englischen Regierung für das Anerbieten, die jonischen Inseln mit Griechenland zu vereinigen, ihren Dank. Der englische Gesandte Elliot erwiderte bei Empfang dieses Beschlusses, er zweifle nicht, daß seine Regierung Maßregeln treffen werde, die Vereinigung schleunig zu verwirklichen. Mr. Elliot hat sich demnächst nach Corfu begeben.

Provinzielles.

Königsberg, den 18. April. In der vorgestrigen Versammlnng des Vereins der Verfassungsfreunde wurde folgende Resolution angenommen: Der Verein der Verfassungsfreunde im Wahlkreise Königsberg-Fischhausen spricht seine Ueberzeugung dahin aus: daß das Volk vom Abgeordnetenhause keineswegs positive Gesetzvorschläge in der Militärfrage erwartet. Er erklärt ferner, daß er es für gefährlich hält, dem gegenwärtigen Ministerium eine verstärkte Aushebung zu bewilligen. Von Rednern sprachen Dr. Falkson und Dr.

J. Jacoby gegen Amendiren und für die Waldeck'sche Resolution.

Memel, 15. April. (T. Z.) Nach den hier eingetroffenen Nachrichten sind bereits 200,000 Thlr. zum energischen Beginne des Baues des Minge-Schmeltell-Kanals von der Staats-Regierung angewiesen und jetzt endlich alle Zweifel über die Möglichkeit des abermaligen Aufschubs glücklich beseitigt.

Lokales.

Auch ein gutes Zeichen. (Schluß zu No. 46). Dr. Fischel äußert folgende Ansichten, welchen jeder verfassungstreue Royalist zustimmen wird. „Die Gefahren des Parlamentarismus sind in unserem Vaterlande zur Zeit nur eingebildete. Gerade diejenige Partei, welcher man vorwirft, die Herrschaft des Parlaments an die Stelle der königlichen Gewalt setzen zu wollen, ist eifrig bemüht, durch den Ausbau einer volksthümlichen Selbstregierung, zu verhindern, daß alles politische Leben unseres Landes sich nach der Centralregierung, also nach dem Parlamente, hinziehe. Jemehr es den Liberalen bei uns gelingt, das selbstständige Leben in Gemeinden, Stadt und Kreis zu kräftigen, jemehr z. B. die Landräthe aus dienstwilligen Anhängern wechselnder Ministerien die Hauptvertreter der Kreisinteressen, gegenüber der Centralregierung, werden, jemehr an Stelle des reinen administrativen Verfahrens ein richterliches Verfahren der Verwaltungsbehörden — wie wir es ja in Folge der Gewerbegesetznovelle von 1861 bereits bei Concessions-Entziehungen angebahnt haben — tritt, je weniger wird der Landtag sich mit Beschwerden über die Verwaltung zu befassen haben, je weniger wird er mit der Staatsregierung in jene Conflikte gerathen, welche man oft allzuleicht als Uebergriffe der Volksvertretung in die Sphäre der Exekutive bezeichnet hat. Nicht auf Ausdehnung der Rechte der Volksvertretung, sondern auf Ausübung und Sicherung dieser Rechte ist das Bestreben aller liberalen Fraktionen in unserem Laude gerichtet, ein Streben, womit die vollste Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen königlichen Prärogative nicht nur vereinbar ist, sondern zum Schutze der Volksfreiheit auch unbedingt vereinbar sein muß."

„Vergeblich wird man bei uns das Königthum und die wahrhaften Anhänger desselben mit dem Beispiele Englands schrecken wollen . . . . . Keine Dynastie bietet in ihrer Gesammtgeschichte weniger Vergleiche mit den Stuarts, als die Hohenzollern. Wir werden daher, da wir keine Stuarts gehabt, auch keinen englischen Parlamentarismus mit seinen Vorzügen und Schattenseiten haben."

„Dagegen sind die Gefahren eines anderen Parlamentarismus auch bei uns vorhanden. Wir haben bereits i. J. 1855 eine preußische Landesvertretung gesehen, welche vielmehr das Echo ministerieller Anschauungen, als der Ausdruck der Volkswünsche und Landesbedürfnisse war. Bereits besitzen wir im Herrenhause eine dauernde Institution, welche nur die Interessen einer Gesellschaft vertritt, und deren Mitglieder diesen Interessen die Rechte der Krone und der Nation nur zu häufig geopfert haben. Gelänge es der Gesellschaftsklasse, welche im Herrenhause dominirt, sich das Abgeordnetenhaus dauernd dienstbar zu machen, so wäre es ihr nicht allzuschwer, durch die Fülle ihrer Macht die Krone zu nöthigen, ihre Räthe nur aus ihrem Kreise zu nehmen*. Alle Kraft und Fülle der Staatsgewalt würde dann in diesen Räthen concentrirt sein, die schon durch das Unvolksthümliche ihrer Stellung genöthigt sein würden, alles selbstständige politische Leben zu unterdrücken, alle selbstständigen Corporationen zu bekämpfen. Ein fortwährender Krieg einer solchen Regierung mit Gerichten, den Regierungscollegien, den städtischen Behörden wäre die Folge eines solchen Systems. Dann wenn die Selbstständigkeit dieser Kreise gebrochen, alle Gewalt im Ministerium concentrirt, dieses ausschließlich das Staatsrecht und die politische Religion für die ganze Nation zurecht machte, und wir an Stelle der Regierungscollegien abhängige Präfecten, an Stelle unserer Bürgermeister und Magistrate gefügige Maires erhielten, dann wird der Constitutionalismus à la Louis Philipp, auf den jetzt viele sogenannten conservativen Organe — wir nehmen an wider Wissen — lossteuern, eine Wahrheit sein. Bei einem solchen Constitutionalismus, welcher die Krone außer aller organischen Verbindung mit der Nation setzte, wäre das monarchische Prinzip aber im bedenklichsten Maaße gefährdet." . . . . .

„Die wahre Freiheit besteht darin, daß die Verwaltung des Staats nicht ein Werk der aus dem Staatsmittelpunkte entsendeten Satrapen, Proconsulen und Präfekten ist, sondern daß sie soviel wie möglich die Thätigkeit der Bürger der einzelnen lokalen Kreise selbst in Anspruch nimmt, der Staat aber seine Verbindung mit den einzelnen Kreisen durch eine in strenge gerichtliche Formen gebanntes Beschwerde- und Aufsichtsrecht erhalte. Der Freiheit ist wenig damit gedient, wenn in prunkenden Erklärungen die Rechte der Bürger verzeichnet und verkündet sind, wenn zur Sicherung dieser Rechte es kein anderes Mittel giebt, als der bewaffnete Widerstand, wenn im Staate keine Einrichtungen vorhanden sind, welche die Regierung stützen, indem sie ihr widerstreben. Wo jedes verletzte Volksrecht nur durch eine Revolution wiederhergestellt werden kann, da wird man stets riskiren, eine Knechtschaft mit der andern zu vertauschen. Wirkliche Freiheit ist vielmehr nur dann vorhanden, wo die Machthaber alle Gewalt haben, um in den Schranken des Gesetzes Gutes zu wirken, wo sie aber, falls sie unrecht handeln wollen, sich in tausend Maschen, welche das Gesetz und seine Hüter: — Selbstständige Gerichte und communale Verwaltungs-Behörden — um sie gewoben, verstricken. Dieser Freiheit strebt unsere Nation in ihrer großen intelligenten Mehrheit entgegen."

*) Auf dieses Ziel, dessen Erreichung mit materiellen Erfolgen verknüpft ist, steuert die feudale Partei mit Entschiedenheit los. Ihre Opposition gegen die innere Politik des Ministeriums Auerswald-Schwerin hatte keinen anderen Zweck. Zur Zeit begünstigt ihr Bestreben der Konfliktin der Militärfrage, deren verfassungsmäßige Lösung jenem Bestreben nothwendig einen Damm ziehen wird. Die liberalen Fraktionen haben ferner, wie bisher nur festzuhalten die Prärogative der Krone und die Verfassung, um sicher zum Siege zu gelangen. K. M.

— **Zur Brükenangelegenheit.** Gutem Vernehmen nach ist die Zustimmung zum Plan der Pfahlbrücke aus dem Königl. Kriegsministerium Ende v. Woche hierorts eingetroffen. Es fehlt nur noch die Zustimmung aus dem Königl. Handelsministerium. Um den Beginn des Brückenbaues so schnell als möglich herbeizuführen, ist Herr Stadtbaurath Kaumann am Sonntag den 19. nach Berlin gereist.

— **Die Handelskammer** hatte schon im v. J. bei dem Königl. Landrathsamte zu Strasburg die Ausführung der von der Vertretung dieses Kreises beschlossenen Chaussirung der Straße von Gollub bis Schönsee, resp. bis zur großen chaussirten Handelsstraße von Thorn bis Neidenburg dringend befürwortet. Hierauf erfolgte unter dem 7. Jan. d. J. (s. No. 6 u. Bl.) seitens letzterer Behörde der Bescheid, daß der Bau besagter Zweig-Chaussee aus Rücksicht auf den zeitigen Zustand der Finanzen des Kreises Strasburg einstweilen noch ausgesetzt werden müsse. Nichtsdestoweniger hat die Handelskammer auf Antrag des Herrn Gall in ihrer Sitzung am 17. d. zuverlässigem Vernehmen nach beschlossen, in einem abermaligen Gesuche das Interesse der Königl. Regierung zu Marienwerder und des vorgenannten Landrathsamts für die in Rede stehende Chaussirung anzuregen, wenigstens dieselbe insoweit zu ermöglichen, daß der Theil der Straße über den Amtsberg bei Gollub in kürzester Frist chaussirt werde, weil dieser Theil bei schlechter Witterung dem Verkehr die größten Hindernisse bereitet. Motivirt wird das Gesuch durch die Thatsache, daß auf beregter Straße aus Polen über Gollub große Quanta Getreide, Wolle, Rohprodukte und Holz nach Preußen eingeführt werden. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß die Bewohner Gollubs, welche in Folge des durch eine vieljährige schlechte Verwaltung herbeigeführten Verschwindens des ehemals nicht kleinen Vermögens ihrer Kommune die verhältnißmäßig größte Kommunal-Abgabenlast in Preußen zu tragen haben, eine erhebliche Steigerung ihres Erwerbes von der Chaussirung bezeichneter Straße hoffen. Als charakteristische Thatsache sei auch angeführt, daß viele Bewohner der kleinen Nachbarstadt auf die Vermuthung gekommen sind, der nothwendige Straßenbau wäre nur verschoben worden, weil in Gollub ein Bürgermeister mosaischer Konfession gewählt worden sei. — In derselben Sitzung faßte die Handelskammer auf Veranlassung des Herrn G. Prowe einen zweiten Beschluß, welcher sich auf den Bau der Uferstrecke vom Krahn bis zur Defensions-Kaserne bezieht. Dieser Bau ist schon vor zwei Jahren von beiden städtischen Behörden beschlossen worden und hat Herr Baurath Kaumann einen sehr zweckmäßigen Bauplan angefertigt, dessen Ausführung seitens der von der Königl. Fortifikationsbehörde gemachten Bedenken verzögert haben soll. Die Handelskammer wird nun den Magistrat ersuchen, dahin zu wirken, daß der Uferbau noch in diesem Sommer ausgeführt werden könne. Das Gesuch erscheint um so mehr gerechtfertigt, als die Kahnführer der Kommune an Ufergeld jährlich im Durchschnitt 2000 Thlr. zahlen und daher gute Ausladeplätze verlangen können.

— **Herr Emil Palleske** las am Sonnabend den 18. im Hörsaale der Töchterschule Shakespeares „Sommernachtstraum" und am Montag den 20. im Ressourcensaale Shakspeares „Othello", und zwar jedesmal vor einem überaus zahlreichen Auditorium. Beide Säle waren stets bis auf den letzten Platz gefüllt. Herrn P. meisterhaft ausgebildete Kunst im Vorlesen hat ihm hier sehr viele Verehrer erworben und ist daher bekannt. Eine Schilderung derselben dürfte mithin überflüssig sein und bemerken wir nur, und zwar zu unserer Freude, daß das Organ des geehrten Gastes der Vielen hierorts durch seinen längst erwarteten Besuch Genuß wie Freude bereitet hat, nicht nur Nichts an Kraft, Wohlklang und geschmeidiger Fügsamkeit eingebüßt, sondern in diesen Beziehungen gewonnen hat, wie denn seine Virtuosität im Vorlesen, was namentlich die Elfen- und Rüpelscenen im erstgenannten Stücke fest bekundeten, eine größere denn früher geworden ist. Herrn P. ist der Wunsch mehrseitig kundgegeben worden, noch eine dritte Vorlesung zu veranstalten, welchem derselbe auch Folge geben wird.

— **Herr Toresse,** Balletmeister und Tanzlehrer, ist hier am vorigen Sonnabend auf die Einladung mehrerer Familien eingetroffen, um einen Lehr-Cursus in der Tanzkunst zu veranstalten. Die Gediegenheit der Unterrichts-Methode des Herrn T. ist seit Jahren hier bekannt und anerkannt und bemerken wir nur für diejenigen Familien, welche den Genannten noch nicht kennen, daß derselbe seine Aufmerksamkeit nicht sowohl auf ein Anlernen von Tänzen richtet, sondern hauptsächlich bei seinem Unterricht einen ästhetisch-pädagogischen Zweck verfolgt. Er leitet seine Schüler und Schülerinnen an, sich vor Allem eine graziöse Haltung fest anzueignen, welche auch in Beziehung auf die Gesundheit dem Körper noth- und wohlthut.

— **Handwerkerverein.** In der Versammlung am Donnerstage den 23. d. zwei Vorträge: 1) Herr G. Prowe über die organisatorische Thätigkeit des Frhrn. v. Stein in Preußen; — Herr General-Major a. D. v. Prittwitz über Holz-Cement-Bedachung.

— **Lotterie.** Bei der am 17. d. Mts. angefangenen Ziehung der 4. Klasse 127. Königlicher Klassen-Lotterie fiel 1 Hauptgewinn von 20,000 Thlrn. auf Nr. 31,506. 1 Hauptgewinn von 10,000 Thlrn. auf Nr. 10,705. 3 Gewinne zu 5000 Thlr. fielen auf No. 30,190, 57,949 und 77,512. 1 Gewinn von 2000 Thlrn. fiel auf Nr. 60,141. 40 Gewinne zu 1000 Thlr. fielen auf Nr. 2556. 4097. 4974. 5033. 5118. 6113. 9984. 10,758. 15,362. 16,189. 16,777. 21,294. 25,245. 28,684. 28,951. 29,818. 31,604. 31,664. 33,732. 36,101. 37,976. 46,758. 47,792. 48,139. 48,264. 49,209. 50,391. 52,912. 60,443. 62,563. 64,363. 67,838. 68,563. 72,927. 73,725. 76,608. 76,972. 84,617. 91,170. 93,115.

Bei der den 18. fortgesetzten Ziehung fiel der 1. Hauptgewinn von 150,000 Thlrn auf Nr. 18,704. 1 Hauptgewinn von 10,000 Thlrn. auf Nr. 86,526. 5 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 17,765. 22,085. 32,560. 34,619. und 62,630. 44 Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 2359. 10,948. 11,170. 11,525. 15,081. 16,033. 17,379. 20,051. 21,410. 22,759. 23,544. 24,430. 25,998. 27,855. 29,808. 30,213. 30,930. 33,367. 35,490. 40,659. 44,458. 53,302. 53,839. 53,977. 55,032. 56,837. 56,879. 59,221. 60,151. 63,875. 64,065. 65,802. 67,720. 68,313. 71,201. 72,334. 75,006. 79,045. 80,021. 80,330. 85,928. 89,577. und 92,566.

Inserate.

Für die vielfachen Beweise von Theilnahme bei dem Tode unsrer geliebten Tochter **Emma** sagen wir hiermit unsern tiefgefühltesten Dank.

E. v. Weber nebst Frau.

Bei meiner Abreise ins Bad empfehle ich mich meinen Freunden und Gönnern auf diesem Wege.
Culmsee, den 15. April 1863.

Dr. Th. Lenz.

Bekanntmachung.

Am 7. Mai d. J.,
Vormittags 10 Uhr
sollen auf dem hiesigen Rathhaushofe
2 Pferde
öffentlich meistbietend verkauft werden.
Thorn, den 14. April 1863.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.
Kommissarius für Bagatell-Sachen.
Rosenow.

Bekanntmachung.

Die zur Concurs-Masse des hiesigen Kaufmanns **August Theodor Kummer** gehörigen Waaren, bestehend aus circa

1) 100 Flaschen Champagner,
2) 8 Oxhoft Süßwein,
3) 800 Flaschen anderen Wein,
4) 80 Mille Cigarren,
5) 100 Centner Cichorien,
sowie 6) verschiedenen Colonial-Waaren, Farben-Waaren und Droguerien

sollen auf

den 4. Mai cr.,
Vormittags von 8 Uhr ab,
und den folgenden Tagen durch den Herrn Aktuar **Richard** in dem hier in der Marienwerder-Straße, sub. Nr. 469 belegenen **Kummer**'schen Grundstück öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.
Graudenz, den 14. April 1863.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.
Der Commissar des Konkurses.
gez. **Bech.**

Baupolizeiliche Bekanntmachung.

Diejenigen Hausbesitzer, welche bereits in vorigem Jahre angewiesen worden, die an ihren Gebäuden nach der Straße zu annoch befindlichen liegenden Kellerhälse, Düngergruben und offenen Gerinne fortzuschaffen, oder das beschädigte Pflaster der Bürgersteige wieder herstellen zu lassen, werden aufgefordert, das Versäumte spätens binnen 14 Tagen bei Vermeidung der Exekution nachzuholen, und den etwa erforderlichen Bauconsens rechtzeitig nachzusuchen.
Thorn, den 16. April 1863.

Der Magistrat.

Thorner Rathskeller.
Dienstag, den 21. April:
CONCERT
von der Familie **Zimmermann & Walther** aus Böhmen. Anfang 8 Uhr.

Natürliche Mineralbrunnen
in **frischer** Füllung und **Bade-Salze** empfiehlt
Carl Wenzel in Bromberg.

Ziegeleigarten.

Mittwoch, den 22. d. Mts.

Garten-Concert.

Nachmittags 3 Uhr.

Platte's Garten bei **F. Günther.**

Morgen Mittwoch, den 22. d. Mts. findet bei günstiger Witterung das

1. Garten-Konzert

statt. Anfang 3 Uhr.

E. v. Weber, Musikmeister.

Dr. Lœwenstein,

homöopathischer Arzt aus Schwetz wird **Donnerstag, den 23. d. Mts.** in **Bromberg** (Hôtel zum Adler) für Kranke ärztlich zu consultiren sein.

Sprechst. 8—1 Vorm. 3—6 Nachm.

Stand der Lebensversicherungsbank f. D. in Gotha

am 1. April 1863.

Versicherte . . . . 24,758 Pers.
Versicherungssumme . . . 41,551,600 Thlr.
Hiervon neuer Zugang seit 1. Januar:
Versicherte . . . . 471 Pers.
Versicherungssumme . . . . 1,016,500 Thlr.
Einnahme an Prämien und Zinsen seit 1. Januar . . . . 460,000 „
Ausgabe für 139 Sterbefälle . . 267,700 „
Bankfonds . . . . 11,600,000 „
Dividende der Versicherten für 1863 (aus 1858) 33 Proz.
Dividende der Versicherten für 1864 (aus 1859) 37 Proz.
Dividende der Versicherten für 1865 (aus 1860) 38 Proz.

Herm. Adolph,
Agent.

Einem geehrten Publikum mache ich die ergebene Anzeige, daß ich vom 1. April d. J. ab den

„Gasthof zur Ostbahn"

neben der Artillerie-Kaserne übernommen habe und mich bemühen werde, die Zufriedenheit meiner geehrten Gäste durch gute Getränke und freundliche Bedienung zu erhalten.

E. Eichstädt.

Einem geehrten Publikum empfehle ich von jetzt ab meine **Badeanstalt** und kostet das einzelne Bad 5 Sgr. und im Abonnement von 1 Dtzd. à Stück $4^1/_2$ Sgr.

F. Günther,
in Platte's Garten.

Ein tüchtiger, militairfreier und unverheiratheter **Wirthschafts-Inspektor,** der deutsch und polnisch spricht und über seine Brauchbarkeit ausreichende Zeugnisse aufzuweisen vermag, findet zum 1. Juli d. J. auf der Domaine Unislaw bei Culm ein Engagement.

Dem Vermittelungs-Bureau

von Rypiński & Kostro in Thorn sind 800 Thlr. zum Ankauf von Wechseln in Appoints von Thlr. 50 bis 200 übergeben. — Reflectanten belieben sich direct an dasselbe zu wenden. — Strenge Discretion so wie solide Bedingungen werden zugesichert.

Ebendaselbst werden Capitalien gegen hypothekarische Sicherheit 1. u. 2. Stelle stets nachgewiesen.

Zubereitete Oelfarben

womit jeder Arbeiter umgehen kann, Firniß, Leinöl, Pinsel, sowie sämmtliche Droguerie-Waaren und Farben empfiehlt

Carl Wenzel in Bromberg.

(Gebrauchs-Anweisungen stehen zu Diensten, Aufträge nach außerhalb werden prompt ausgeführt).

Zu allen Arten Schlosser-Arbeiten empfiehlt sich einem hochgeehrten Publikum unter Zusicherung reeller und pünktlicher Bedienung.

A. Berndt,
Schlosser-Meister. Kulmerstraße Nro. 320.

---

2 Schreibtische stehen zum Verkauf Brückenstraße No. 19.

Nur 26 Silbergroschen

baar oder gegen Post-Nachnahme kostet bei unterzeichnetem Bankhause ein viertel Originalloos (keine Promesse) zu der am 28. und 29. Mai unter Garantie hiesiger Regierung stattfindenden Ziehung der großen

Staats-Gewinne-Verloosung,

welche letztere in ihrer Gesammtheit 14,800 Gewinne enthält, worunter solche von: ev. Thlr. **114,000, 57,000, 28,500, 17,000, 14,300, 11,400, 8570, 6860, 5700, 2300, 1700, 1140, 570** 2c. 2c. — (Ganze Loose kosten 3 Thlr. 13 Sgr. und halbe 1 Thlr. 22 Sgr.) Die Gewinne werden baar in Vereins-Silber-Thalern durch unterzeichnetes Bankhaus in allen Städten Deutschlands ausbezahlt, welches überhaupt Ziehungslisten und Pläne gratis versendet. — **Man beliebe sich daher direct zu wenden an das**

Haupt-Depot bei

Stirn & Greim in Frankfurt a/M.

NB. Außer den Gewinnbeträgen werden durch Unterzeichnete auch die planmäßigen Freiloose verabfolgt.

Laut Jedermann zu Diensten stehenden amtlichen Listen wurden durch unsere Vermittlung wieder in jüngster Zeit folgende Capitalpreise gewonnen, resp. ausbezahlt, fl. **115,000, 100,000, 70,000, 50,000, 35,000, 30,000, 25,000** 2c. 2c.

Allerneueste
wiederum mit Gewinnen vermehrte

Grosse Geldverloosung von 2 Millionen 700,000 Mark,

in welcher nur Gewinne gezogen werden, garantirt von der Staats-Regierung

Ein Original-Loos kostet **4** Thlr.
Ein halbes „ „ „ **2** „
Zwei viertel „ „ kosten **2** „
Vier achtel „ „ „ **2** „

Unter **18,200** Gewinnen befinden sich Haupttreffer von Mark **250,000, 150,000, 100,000, 50,000, 2** mal **25,000, 2** mal **20,000, 2** mal **15,000, 2** mal **12,500, 2** mal **10,000, 1** mal **7500, 5** mal **5000, 7** mal **3750, 85** mal **2500, 5** mal **1250, 105** mal **1000,** 5 mal 750, 105 mal 500, 260 mal 250 Mark etc. etc.

Beginn der Ziehung am 11t. kommend. Mts.

Diese Verloosung steht nicht allein unter der Garantie der Staats-Regierung, sondern die Ziehungen werden auch von einer eigens dazu ernannten Regierungs-Commission beaufsichtigt, so dass, bei verhältnissmässig kleiner Einlage und der Chance des grossen Gewinnes die grösstmöglichste Sicherheit vorhanden ist.

Unter meiner in weitester Ferne bekannten und allgemein beliebten Geschäfts-Devise:

„Gottes Segen bei Cohn!"

wurde im verflossenen Jahre am 21. Mai zum **17t.** Male und am **25t.** Juli zum **18t.** Male das grösste Loos, so wie in den letzten Monaten **2** mal der grösste Hauptgewinn bei mir gewonnen.

Auswärtige Aufträge werden gegen Einsendung des Betrages in allen Sorten Papiergeld oder Freimarken, so wie gegen Postvorschuss prompt u. verschwiegen ausgeführt und sende ich amtliche Ziehungslisten und Gewinngelder sofort nach Entscheidung zu.

Laz. Sams. Cohn,

Banquier in Hamburg.



Die neuesten Herren-Hüte in Seide Filz und Stroh, Mützen, Shlipse, Cravatten, Oberhemden in Shirting und Leinen, engl. Kragen, seidene und leinene Taschentücher, seidene, wollene und Pique-Westen, Knabenmützen in Stroh empfehlen zu billigen Preisen

A. Bracki & Stange,
Breitestraße, im Goldschmidt'schen Hause

Hypotheken-Capitalien

zur ersten Stelle auf größere Landgüter kann ich nachweisen und die Beschaffung vermitteln. Ich bitte sich dieserhalb direct an mich wenden zu wollen.

Herm. Adolph,
Agent der Lebens-Versicherungs-Bank in Gotha.

Tuche, Buckskings und halbwollene Sommer-Stoffe

empfehlen zu billigen Preisen

A. Bracki & Stange,
Breitestraße, im Goldschmidt'schen Hause.

Sonnenschirme und En-tout-cas

habe eine Parthie zurückgesetzt und verkaufe solche, um damit zu räumen, zu bedeutend heruntergesetzten Preisen.

S. Hirschfeld.



1 frischmelkige gute Kuh steht zum Verkauf bei **E. Leichnitz** auf d. Gniewk. Kämpe.

Lohnfuhren zu billigen u. soliden Preisen macht **Hochstedt,**
Gerechtestr. No. 92 (Neustadt).

---

2 Tischlergesellen und 1 Lehrling finden Unterkommen bei **H. Volkmann,** Tischlermeister.

Maitrank

von frischen Gebirgskräutern, empfiehlt täglich frisch **Albert Rœgber.**

Aechte holländ'sche Heeringe,

um damit zu räumen, verkauft à 1 Sgr.

G. Sachs.

Böhm. Pflaumen

empfiehlt und offerirt billigst

Benno Richter.

Gute trockne Bretter

bei **S. E. Hirsch,**
Baderstraße No. 57.

Marktbericht.

Thorn, den 20. April 1863.
Es wurde nach Qualität und Gewicht bezahlt:
Weizen: Wispel 125—129 pfd. blauspitzig 50—60 thlr.
Roggen: Wispel 117—120 pfd. 35—36 thlr.
Wispel 122—127 pfd. 37—38 thlr.
Gerste: Wispel 27 bis 33 thlr.
Erbsen: weiße, Wispel 34 bis 37 thlr.
Hafer: Wispel 20 bis 23 thlr.
Kartoffeln: Scheffel 14 bis 16 sgr.
Butter: Pfund 8 bis 9 sgr.
Eier: Mandel 5—6 sgr.
Stroh: Schock 6 thlr. bis 7 thlr.
Heu: Centner 1 thlr. bis 1 thlr. 5 sgr.

Danzig, den 18. April.

Getreide-Börse: Durch flaue Depesche aus London veranlaßt, befand sich unser heutiger Weizenmarkt in sehr matter und lustloser Stimmung.

Agio des Russischen-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 10 pCt. Russisch Papier $9^3/_4$ pCt. Klein-Courant 9 pCt. Groß-Courant $8—8^1/_3$ pCt. Alte Kopeken $7^1/_2—8$ pCt. Neue Kopeken $9^1/_2$ pCt. Neue Silberrubel $6^1/_3—6$ pCt. Alte Silberrubel 8 bis $8^1/_4$ pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 18. April. Temp. Wärme: 4 Grad. Luftdruck: 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand: 2 Fuß 1 Zoll.
Den 19. April. Temp. Wärme: 3 Grad. Luftdruck: 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand: 2 Fuß 3 Zoll.
Den 20. April. Temp. Wärme: 2 Grad. Luftdruck: 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand: 2 Fuß 5 Zoll.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.